

## Personalabbau – Bruch von Tarifverträgen – Flucht aus der Ausbildung

Telekom und Post AG, die Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost, sind nach der Privatisierung längst im Kapitalismus angekommen. Das erleben die KollegInnen dort gerade auf ziemlich brutale Art.

Bei T-Systems, einem Tochterunternehmen der Telekom, sollen 5.000 von etwa 25.000 KollegInnen gehen. Die Personalkosten sollen gesenkt werden, um Wettbewerbsfähigkeit und Aktionärgewinne zu sichern. Angeblich sei nicht mehr genug Arbeit für alle KollegInnen vorhanden. Das Unternehmen redet von „sozialverträglichem Personalabbau“. Die betroffenen KollegInnen werden aber massiv unter Druck gesetzt, das Unternehmen mit Abfindungen zu verlassen. Und aktuell droht die Kapitalseite auch mit betriebsbedingten Kündigungen.

Ab 2018 sollen bei der Telekom zusätzlich fast 30.000 Arbeitsplätze wegfallen.

Und weil auch Ausbildung nur als Kostenfaktor gesehen wird, hat der Telekom-Vorstand zum Jahreswechsel verkündet, dass die Zahl der Ausbildungsplätze halbiert werden soll.

Der Kapitalseite bei der Deutschen Post AG, der anderen Post-Nachfolgerin, sind wiederum die KollegInnen in der Paket-Zustellung zu teuer. Da nimmt sich der findige Kapitalist ein Beispiel an der Telekom und gründet eigene Gesellschaften mit Dumping-Tarifverträgen. Jetzt sollen die KollegInnen, die aktuell noch horrende 2.200,- Euro brutto bekommen, dorthin abgeschoben werden.



Der richtige Weg gegen die Angriffe der Konzerne: Arbeitszeit runter - Löhne, Ausbildungsplätze und Stellen hoch!

Fotos: Internet

ver.di hat dem die richtige Forderung entgegen gestellt: Absenkung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich und eine Entgelterhöhung von 5,5%.

Auch bei Telekom, T-Systems und deren Auszubildenden muss das Thema Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung! Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit führt zu einem Mehrbedarf an Beschäftigten. Dieser Mehrbedarf schafft auch die Möglichkeit, beim Thema Ausbildung und Übernahme Druck zu machen. Und die Verkürzung muss bei vollem Lohn- und

Personalausgleich durchgesetzt werden. Den Eigentümern wurden in den letzten Jahren schon zu viele Milliarden in den Hals geschüttet.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit würde aber nicht nur bei Post und Telekom Arbeitsplätze sichern und Ausbildungsplätze schaffen. Die Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen Branchen auf die Tagesordnung. Für sichere Arbeitsplätze, für höhere Einkommen und für die Zukunft der Jugend!

[bb]

DER  
KOM-  
MEN-  
TAR



Soziale Stadt

### Auf der Sonnen- seite des Lebens

Eine Million Euro stehen dieses Jahr als Fördergelder für das Projekt „Soziale Stadt“ im Stadtteil zur Verfügung. Damit sollen der Stadtteileingang an der Gichtmauer und der Bereich zwischen Straßenbahnhaltestelle und der Erich-Kästner-Grundschule „aufgewertet“ werden. Als erstes soll aber ein Sonnendeck „mit Blick auf die Fontäne“ am Brentanosee errichtet werden.

Manchmal kommt mir unser Stadtteil wie ein Kreuzfahrtschiff vor. Während die Erste-Klasse-Passagiere auf dem Sonnendeck das schöne Wetter genießen, wird im Maschinenraum und der Küche geschuftet, Erwerbslose kommen erst gar nicht an Bord. Selbst ein neuer Anstrich ändert daran nichts. Im realen Kapitalismus bezahlt das aber der Besitzer. Vielleicht sollte man dem Verband deutscher Reeder mal den Tipp geben Fördermittel des Projektes „Soziale Stadt“ zu beantragen.



Exklusiver Blick auf "die Fontäne"

[rk]

### Fahrt frei... ... für kurzen Weg zur Eisenbahn

In Alt-Kranichstein quert die Jägertorstraße sechs Bahngleise. Vom Stellwerk daneben werden die Schranken geschlossen. Künftig soll der Bahnhof Kranichstein ferngestellt werden. Das „spart“ Arbeitsplätze.

Es wäre nun endlich Zeit, über die Lage des Haltepunktes nachzudenken. Das Bahnhofsgebäude ist längst abgerissen und durch zwei Wartehäuschen ersetzt. Der Haltepunkt liegt ganze 300 m von der Endhaltestelle der Straßenbahn entfernt.

In Richtung Darmstadt muss an einem schmalen Bahnsteig ein Gleis überquert werden. Damit das nicht geschieht wenn ein Zug durch fährt, ist eine Fußgängerschranke aufgestellt. Vor einiger Zeit aber war diese offen, als ein Zug durch fuhr. Aus Sicherheitsgründen sollen die Züge beider Richtungen nur noch an einem Bahnsteig halten.

Die Deutsche Bahn plant daher den Einbau einer Weichenverbindung, will dies aber „mit dem geringsten Eingriff“ umsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll möglichst wenig kosten.

Neben der Verlegung des Bahnhofes gibt es auch Vorschläge zur Erneuerung des Weges entlang der Bahn. Für die Bewohner des Baugebietes K2/K7 an der Hammelstrift und die Comenius-Schüler wäre das der kürzeste Weg zum Haltepunkt.

Die Reaktion der Bahn auf die Vorschläge der Kranichsteiner machen deutlich: Es geht Politik und Bahn nie um das, was den Menschen nutzt, sondern um Kosten senken und Gewinne erhöhen. Seit der Privatisierung der Bahn, im Jahr 1993 von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, gemeinsam beschlossen, ist offensichtlich, wohin die Bahn fährt – Börsenbahn statt Bürgerbahn.



Werner Krone (DKP), Stadtverordneter der Fraktion Die Linke, bespricht mit Kranichsteiner Bürgern die Lage am Haltepunkt.

**Wir fordern Stadt und Bahn auf sofort Gespräche über die notwendige Verlegung zu führen.**

**Wir fordern die Deutsche Bahn AG auf den Kranichsteiner Bahnhof nach Westen zu verlegen und so eine vernünftige Anbindung an die Straßenbahn zu schaffen. Es ist höchste Eisenbahn.**

**Unterstützen Sie diese Forderungen mit ihrer Unterschrift!**

[wk]

Leserbriefe, Anmerkungen, Meinungen,  
Lob und Kritik an:  
blickpunkt.kranichstein@dkp-darmstadt.de

# Das wahre Gesicht der Kiewer Junta

## Deutschland unterstützt Faschisten in der Ukraine

Traut man den deutschen Leitmedien, ist die Lage klar. Die aus einem Bürgeraufstand hervorgegangene neue Regierung in Kiew wehrt sich gegen den bösen Aggressor Russland, der sich mit Söldnern in der Ostukraine zu schaffen macht, das Land destabilisiert und in einen Krieg zwingt. Nichts hören wir darüber, was in der Ukraine wirklich geschieht und wer die so makellos dargestellten Kiewer Machthaber sind.

Im Juni wurde eine Schwulenparade in Kiew brutal von Rechten angegriffen - anstatt die Tat zu verurteilen wurden die Organisatoren der Parade beschuldigt, das Land moralisch zu zersetzen. Im Mai machte eine Mordserie an oppositionellen Politikern und kritischen Journalisten kurz Schlagzeilen. Die Namen der Opfer waren vorher mit Steckbriefen auf einer mit Unterstützung der ukrainischen Regierung betriebenen Denunziationsseite »Myrotvoretz« (Friedensstifter) gepostet worden. Die Homepage kann als offiziös gelten; als »Partner« nennt sie unter anderem den Sicherheitsdienst, den Generalstab und das Innenministerium. Gleichzeitig wurden bis zum heutigen Tag weder die Schuldigen an den Toten auf dem Maidan noch am Brand des Gewerk-

schaftshauses in Odessa am 2. Mai 2014 angeklagt oder gar bestraft. Stattdessen verbietet die Kiewer Führung das Zeigen von kommunistischen und sowjetischen Symbolen und startet ein Verbotsverfahren gegen die kommunistische Partei der Ukraine. Wer eine rote Fahne zeigt oder sowjetische Symbole trägt muss mit langjährigen Haftstrafen rechnen, während gleichzeitig ehemalige ukrainische Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Nazis kämpften, wie die Veteranen der SS-Division Galizien, als Unabhängigkeitskämpfer geehrt werden.

Das ist die Realität in der Ukraine – Oppositionelle sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Nazibataillone mit Hakenkreuz und SS-Rune am Stahlhelm kämpfen gegen die Bevölkerung in der Ostukraine und bedrohen jeden, der sich dem nationalistischen Taumel entziehen will. Der Führer des Rechten



Asov-Bataillon posiert mit Hakenkreuzfahne und Hitlergruß

Sektors, Dmitro Jarosch, wird Berater des Kiewer Verteidigungsministeriums, seine Kumpane werden vom ukrainischen Staat bezahlt.

Und diese Regierung wird von der Bundesregierung mit Finanzhilfen und in den deutschen Leitmedien unterstützt. Kein Wort der Kritik, keine klare Aufforderung endlich aufzuklären, wer hinter den jüngsten Morden, hinter den Schüssen auf dem Maidan und dem Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa steckt.

[\*hh]

## Schluss mit lustig!

### Beschäftigte in Sozial- und Erziehungsberufen fordern Aufwertung

Bei der Urabstimmung Anfang Mai haben sich über 90% der ver.di-Mitglieder in den Sozial- und Erziehungsberufen für Streiks ausgesprochen. Ein Angebot der kommunalen Arbeitgeber liegt bisher nicht vor. Anerkennung erfahren die KollegInnen bisher maximal auf der Tonspur. Im Geldbeutel merken sie davon nichts.

Ver.di fordert, die Eingruppierungen anzuheben. Dies würde für die bundesweit 240.000 Beschäftigten in kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten ein durchschnittliches Mehr von 10% bedeuten.

Die Forderungen sind mehr als berechtigt. Schließlich arbeiten die Beschäftigten für und mit unseren Kindern. Die Arbeit stellt an die KollegInnen hohe Anforderungen und setzt eine lange Ausbildungszeit voraus. 5 Jahre bei ErzieherInnen, mindestens 8 Semester (4 Jahre) bei SozialarbeiterInnen. In der Entlohnung schlägt sich das nicht nieder.

Der Arbeitskampf wird für viele Eltern zu Problemen führen. Dafür sollten sie nicht die Streikenden verantwortlich machen, sondern deren Arbeitgeber. Dort gehört der Unmut auch hin! Schließlich haben die kommunalen Arbeitgeber mit

ihrer Hinhaltetaktik den Streik verursacht. Eltern können sich an den Oberbürgermeister wenden und verlangen, dass er die Forderungen der Gewerkschaft unterstützt. Wenn man gerade dabei ist, dem OB zu schreiben, kann man ihn auch gleich auffordern dafür zu sorgen, dass den betroffenen Eltern die Kita-Gebühren erstattet werden.

In Darmstadt gibt es das Solibündnis für den Streik der Sozial- und Erziehungsberufe. Infos gibt's hier:

**Kurzlink.de/streiksoli-2015**

[bb]

### Alice-Eleonoren-Schule ruft nach wie vor SOS

Die Alice-Eleonoren-Schule (AES) soll geschlossen werden. So sieht es der Berufsschulentwicklungsplan vor. Neben Ausbildungen zum Erzieher, Frisör und Maßschneider, können an dieser Schule an drei Standorten in Darmstadt Jugendliche die Fachoberschule, Berufsfachschule oder die Fachschule besuchen. Manche Ausbildungsgänge werden nach der Schließung nur noch von privaten Trägern angeboten - bei entsprechenden Kosten für Auszubildende. Hintergrund: die günstig gelegenen Immobilien der AES können verkauft werden und kurzfristig Geld in die Stadtkasse spülen. Dagegen regt sich seit Monaten Widerstand...

Kurz vor der Sommerpause, zwei Schulausschusssitzungen, eine Demonstration sowie zahlreiche Radio- und Zeitungsbeiträge später,



scheint immer noch keine Lösung für den Verbleib der Schule in Aussicht. Seit der letzten

Schulausschusssit-

zung ist klar, dass die Auflösung der Schule die bevorzugte Variante im Berufsschulentwicklungsplan zu sein scheint. Das Interesse der Politiker an Alternativen ist gering. Die gesellschaftliche Verantwortung für qualifizierte Ausbildung wird auf private Träger, wie das Elisabethenstift, geschoben. Die Weigerung, die AES in Darmstadt zu halten ohne an die soziale Nachhaltigkeit des eigenen Handelns zu denken, ist für "die familienfreundlichste Stadt Deutschlands" nicht haltbar. "Familienfreundlich" bedeutet nicht nur den Nachwuchs von qualifizierten Erzieher-Fachkräften, welche an der AES ausgebildet werden, betreuen zu lassen, sondern auch dem Nachwuchs ein vielfältiges, durchlässiges und kostenloses Bildungsangebot an der AES anzubieten. Zur Qualitätssicherung der Ausbildung für diese und für folgende Generationen.

**Daher freuen wir uns über jede Form der Unterstützung!**

<https://www.openpetition.de/petition/online/aes-muss-bleiben>  
<https://www.facebook.com/groups/AESruftSOS>

[ft]

## Impressum

Der **blickpunkt Kranichstein** wird herausgegeben von der **Deutschen Kommunistischen Partei** Darmstadt-Bergstraße.

**DKP-Darmstadt-Bergstraße**  
 Landgraf-Philipp-Anlage 32  
 64283 Darmstadt

Tel.: 06151/78 84 07  
 eMail: [info@dkp-darmstadt.de](mailto:info@dkp-darmstadt.de)  
[www.dkp-darmstadt.de](http://www.dkp-darmstadt.de)

V.i.S.d.M.:  
 Rainer Keil, Heinrich-Fulda-Weg 13,  
 64289 DA-Kranichstein

## Termine

- 8. Juli 2015 Mitgliederversammlung (öffentlich)
- 22. Juli 2015 Mitgliederversammlung (öffentlich)
- 12. August 2015 Mitgliederversammlung (öffentlich)
- 26. August 2015 Mitgliederversammlung (öffentlich)

jeweils um 19,00 Uhr im LinksTreff in der Landgraf-Philipp-Anlage 32 in Darmstadt (neben dem DGB-Haus in der Rheinstraße).

Gäste sind herzlich willkommen!